Richtlinie des Landkreises Darmstadt-Dieburg für die Beantragung von Zuschüssen zur Mittagsverpflegung an Schulen

1. Die Mittagsverpflegung an Schulen stellt eine freiwillige Leistung des Schulträgers dar. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht daher nicht. Die Zahlung eines Zuschusses ist nur möglich, sofern Dritte bzw. der Landkreis selbst entsprechende Mittel zur Verfügung stellt. Auf eine weitere Förderung in den künftigen Jahren kann nicht geschlossen werden.
2. Die Zuschüsse werden unter der Bedingung an Schulen im Landkreis weitergeleitet, dass diese nur für den Zweck eingesetzt werden, bedürftigen Kindern und Jugendlichen, die aufgrund finanzieller, sozialer oder familiärer Notlagen nicht an den angebotenen Mahlzeiten teilnehmen, zukünftig die regelmäßige Teilnahme an der Mittagsversorgung zu ermöglichen.
3. Antragsberechtigt sind die Schulen des Landkreises Darmstadt-Dieburg, vertreten durch die Schulleitungen.
4. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Fördermittel ist ein schriftlicher Antrag und ein schriftlicher Nachweis, dass für dieselben Schülerinnen und Schüler auch Mittel aus dem Härtefonds des Landes bei der Karl-Kübel-Stiftung bewilligt wurden.
5. Ein einmaliger Antrag der Schule an die Abteilung Schulservice ist grundsätzlich ausreichend. Die Zahlungen ab dem Antragszeitpunkt werden aufrecht erhalten, solange die Schule Nachweise über die Förderung durch die Karl-Kübel-Stiftung vorlegt.
6. Wiederholungsanträge sind nur erforderlich, sobald die Gewährung der Zuschüsse für einen Zeitraum von mehr als 2 Monaten unterbrochen wurde.
7. Zuschüsse können frühestens ab Beginn des Monats bewilligt werden, in dem der Antrag auf finanzielle Unterstützung bei der Abteilung Schulservice eingegangen ist.
8. Zahlungen an die Schule erfolgen rückwirkend jeweils für einen Zeitraum von mindestens 3 Monaten.
9. Die Schule sichert zu, dass die betreffenden finanziell unterstützten Kinder, ohne diskriminiert zu werden, an den Mahlzeiten teilnehmen und die Zuschüsse ausschließlich zum Zwecke der Versorgung mit Mittagessen verwendet werden.

10. Der Zuschuss kann grundsätzlich nur gewährt werden, wenn in der Schule in der Regel mindestens an drei Tagen pro Schulwoche ein warmes Mittagessen angeboten wird. Bezuschusst wird der 3,00 Euro übersteigende Preis pro Schulkind und Schultag, max. 1,00 Euro (Beispiel: bei einem Essenspreis von 3,90 Euro beträgt der Zuschuss 0,90 Euro). Für die Berechnung werden die durch die Karl-Kübel-Stiftung bestätigten maximalen Schultage im Bewilligungszeitraum zugrunde gelegt.
11. Der Zuschuss ist nur für die Schülerinnen und Schüler zu verwenden, für die keine andere Fördermöglichkeit oberhalb eines Essenspreises von 3,00 EUR (Kommune, Förderverein, Spenden etc.) zur Verfügung steht, d.h. schon bestehende einschlägige Hilfen sind beizubehalten bzw. vorzuziehen.
12. Für die Beantragung der Fördermittel hat die Schule die Anzahl der bedürftigen Kinder anzugeben. Fehlzeiten bleiben außer Betracht. Es ist weder die namentliche Benennung der Schülerinnen und Schüler noch die Vorlage von Einkommensnachweisen erforderlich. Die Schule ist jedoch verpflichtet, interne Aufzeichnungen über die Mittelverwendung (Name und Anschrift des Schulkindes, Zahl der Tage, an denen pro Woche in der Regel ein Mittagessen angeboten wird) zu führen.
13. Jeweils zum 15.07. und 31.01. legt die Schule der Abteilung Schulservice einen Nachweis über die im vergangenen Kalenderhalbjahr geförderte Anzahl der bedürftigen Schülerinnen und Schüler sowie eine Bestätigung zur zweckentsprechenden Verwendung der Zuschüsse vor.
14. Sofern dem Landkreis Darmstadt-Dieburg Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Verwendung vorliegen, z. B. die Fördermittel nicht einzelfallbezogen sondern flächendeckend eingesetzt werden, ist der Landkreis Darmstadt-Dieburg jederzeit berechtigt, die Offenlegung der Einzeldaten nebst Begründung zu verlangen. Bei nachweisbarer missbräuchlicher Verwendung werden die Mittel zurückgefordert. Gleiches gilt im Falle von Überzahlungen.
15. Mit der Beantragung der Fördermittel verpflichtet sich die Schule, der Prüfungsinstanz des Landkreises bzw. des jeweiligen Zuschussgebers ein entsprechendes Prüfungsrecht einzuräumen.